INHALTLICHER ANTRAG A001: Wir spenden Diätenerhöhungen für gemeinnützige Zwecke!

Antragsstellend: Landesvorstand Die Linke Saar

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wenn Die Linke in den Landtag einzieht:

- Alle ab März 2027 eintretenden Erhöhungen der Abgeordnetendiäten von Abgeordneten im Landtag des Saarlandes sind netto an einen gemeinnützigen Fraktionsverein zu spenden. Dieser Verein soll die zusätzlichen Mittel gezielt für gemeinnützige Projekte im Saarland einsetzen.

- Die Mittel sollen insbesondere soziale Initiativen, Vereine, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Projekte gegen Armut sowie Organisationen unterstützen, die sich für gesellschaftliche Teilhabe, Solidarität und soziale Gerechtigkeit einsetzen.

- Die Verwendung der gespendeten Mittel muss transparent, nachvollziehbar und öffentlich dokumentiert werden. Über die Vergabe der Gelder sollen von der Fraktion und dem Vorstand der Landespartei festgelegte, gemeinwohlorientierte Kriterien entscheiden.

- Die Zahlungen an den Verein erfolgen zusätzlich zu den Mandatsträgerabgaben und den entsprechenden Mitgliedsbeiträgen.

Begründung:

Politische Verantwortung bedeutet für uns, Solidarität nicht nur einzufordern, sondern sie auch selbst zu leben. Während viele Menschen im Saarland unter steigenden Lebenshaltungskosten, hohen Mieten, niedrigen Löhnen und zunehmender finanzieller Unsicherheit leiden, stellt sich für uns als Linke die Frage, wie wir mit gleichzeitiger Erhöhung von Diäten für politische Ämter umgehen. In der derzeitigen Situation widersprechen Diätenerhöhungen der Bodenhaftigkeit von Politik, weswegen sie aus unserer Sicht einen konkreten gesellschaftlichen Nutzen entfalten müssen.

Dass dies möglich ist, zeigen Beispiele aus anderen Bundesländern. In Thüringen wurden über den gemeinnützigen Verein Alternative 54 e. V. seit 1995 mehr als 1,86 Millionen Euro für soziale, kulturelle, sportliche und Bildungsprojekte gespendet. Auch die Linksfraktion in Sachsen-Anhalt unterstützt seit 1995 über einen Solidarfonds gemeinnützige Initiativen und soziale Projekte. In Brandenburg wurden ebenfalls Mittel

für soziale Zwecke eingesetzt. Diese Beispiele verdeutlichen, dass die Spende von Diätenerhöhungen ein bewährter Weg ist, politische Verantwortung praktisch wahrzunehmen und Menschen vor Ort konkret zu unterstützen.

Auch im Saarland können wir einen solchen Beitrag leisten. Bei fünf Abgeordneten im Saarländischen Landtag würde allein die zum 1. März 2027 wirksam werdenden Diätenerhöhung von monatlich 144 Euro brutto pro Person auf ein volles Jahr hochgerechnet netto gut 5.000 Euro ergeben. Diese Mittel könnten beispielsweise soziale Vereine und Initiativen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Projekte gegen Armut sowie Organisationen unterstützen, die sich für gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Deshalb wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus Diätenerhöhungen in einen gemeinnützigen Fraktionsverein einbringen, der die Gelder gezielt und transparent für soziale und gemeinnützige Zwecke im Saarland verwendet. Die Vergabe der Mittel soll anhand klarer Kriterien erfolgen und regelmäßig öffentlich dokumentiert werden, damit nachvollziehbar bleibt, welche Projekte unterstützt werden und welchen gesellschaftlichen Beitrag die Spenden leisten.

Solidarität bedeutet mehr, als bestehende soziale Ungleichheiten lediglich abzufedern. Sie verlangt auch, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu hinterfragen, durch die Privilegien und materielle Unsicherheit entstehen. Politische Verantwortung zeigt sich deshalb nicht allein in Forderungen an andere, sondern auch im eigenen Handeln. Indem wir die zusätzlichen Einnahmen aus unseren Mandaten für gemeinnützige Zwecke einsetzen, wollen wir einen Beitrag dazu leisten, gesellschaftliche Ressourcen gerechter zu verteilen und Solidarität praktisch erfahrbar zu machen. Zugleich verstehen wir diesen Schritt als Vorbild: Wer solidarische Praxis politisch einfordert, sollte sie auch im eigenen Handeln vorleben. Denn eine solidarische Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sondern dadurch, dass Menschen und Institutionen Verantwortung füreinander übernehmen und sich an der Überwindung sozialer Ungleichheit beteiligen.